

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Kretz AG (Feldmeilen)

ABSTIMMUNG Immer wieder Denner

Nein zu einer Zweiklassenmedizin

Nachdem das Schweizervolk der Denner-Initiative «für tiefere Spitalkosten» am 26. November 2000, mit einem Stimmenanteil von 82 Prozent, eine vernichtende Niederlage beschert hat, gilt es am 4. März 2001 bereits wieder zu einer Denner-Initiative Stellung zu nehmen. Dies dürfte die sechste Abfuhr en suite für den Discounter werden. Die Bürgerinnen und Bürger werden sich einmal mehr nicht von einem verführerischen Titel verleiten lassen.

VON RUEDI SCHLÄPFER,
GENERALSEKRETARIAT
DER FDP SCHWEIZ

Bereits bei der Spitalkosten-Initiative wurden dem Volk tiefere Spitalkosten vorgegaukelt. Mit der Medizin-Initiative – über wel-

che es am 4. März 2001 abzustimmen gilt – gibt Denner-Chef Karl Schwenk vor, die Kosten für Arzneimittel zu reduzieren.

Nur noch das Billigste

Mit ihren radikalen Einschränkungen führt die Me-

izin-Initiative von Denner zu einem massiven Verlust von Qualität und Sicherheit in der Medizin. Sollte die Initiative angenommen werden, dürfen die Krankenkassen nicht mehr die wirkungsvollsten Medikamente vergüten, sondern

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Fachhochschule – wie weiter? 6
- Delegiertenversammlung in Olten vom 13. Januar 2001 10 + 12
- Abstimmung 4. März 2001: Tempo 30 13
- Seite der Frauen 16



nur noch die billigsten. Damit wäre der medizinische Fortschritt praktisch ausgeschlossen. Dies käme für Patientinnen und Patienten einem Therapie-Rückschritt gleich.

Die Initiative und ihre Folgen

■ Arzneimittel, die in Deutschland, Italien, Frankreich und Österreich zugelassen sind, sollen auch in der Schweiz ohne eigenes Zulassungsverfahren auf den Markt gelangen können.

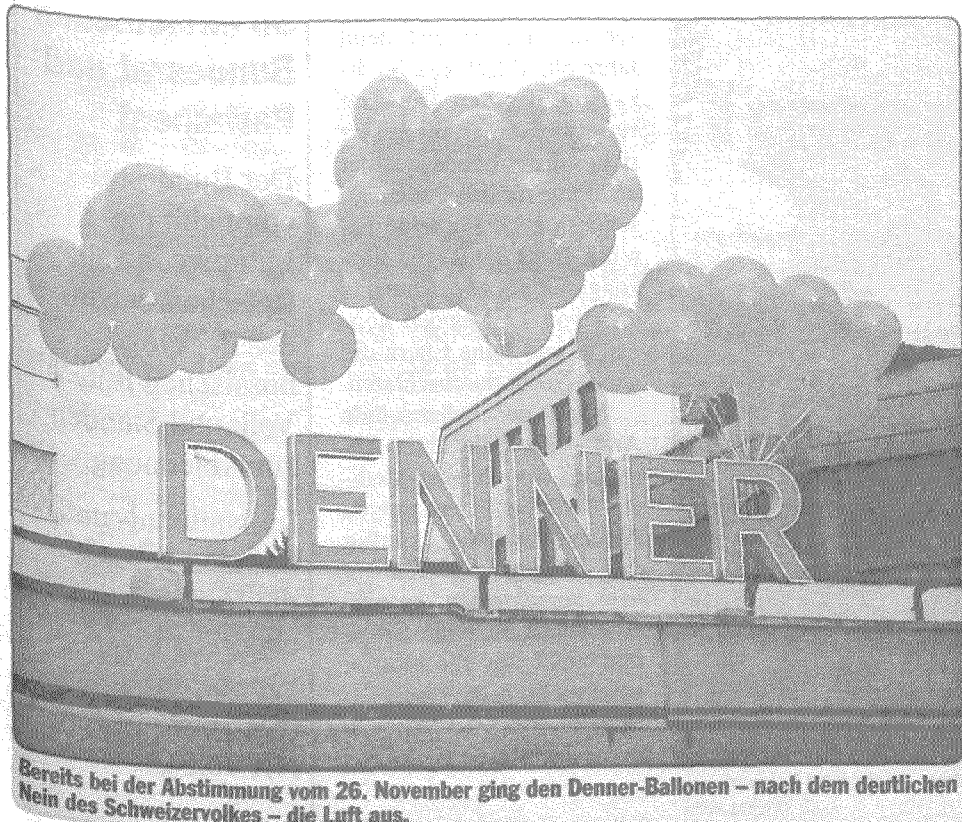
Dies führt zu einer Zwangsverschreibung. Der Arzt darf nicht mehr das

wirksamste und für den Patienten verträglichste Medikament verschreiben, sondern nur das billigste, da nur dieses durch die Kasse vergütet werden darf.

■ Beim Arzneimittelverkauf muss zulasten der Grundversicherung immer das billigste Produkt oder Generikum (Nachahmepreparat) abgegeben werden.

Dies führt zu einem Verlust von Qualität und Sicherheit in der Medizin, da die bestmögliche Behandlung ausgeschlossen wird. Zudem müssten bereits laufende Behandlungen mit

FORTSETZUNG AUF SEITE 2



Bereits bei der Abstimmung vom 26. November ging den Denner-Ballonnen – nach dem deutlichen Nein des Schweizervolkes – die Luft aus.

Auf dem Weg zur Zweiklassenmedizin

Weil sich die meisten Leute mit dem von den Kassen vergüteten Billigstprodukt begnügen müssen, während sich Wohlhabende weiterhin die wirksamsten Medikamente leisten können, führt dies zu einer Zweiklassenmedizin.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

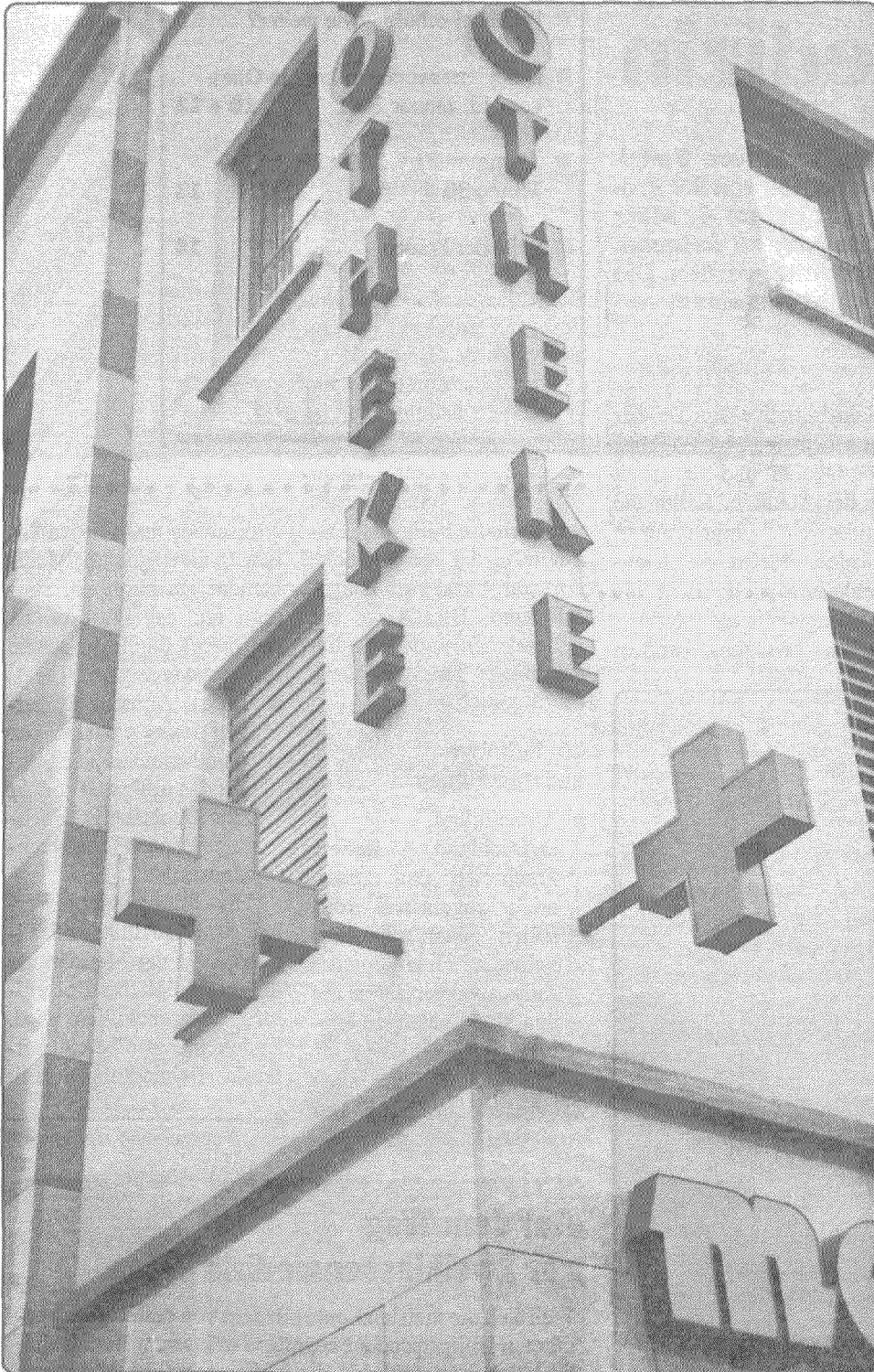
geeigneten Medikamenten abgebrochen und mit den billigsten fortgesetzt werden.

■ Gibt es in den oben aufgeführten Ländern billigere Produkte, die in der Schweiz gar nicht zugelassen sind, muss – zulasten der Kassen – ein solches Billigprodukt eingeführt werden.

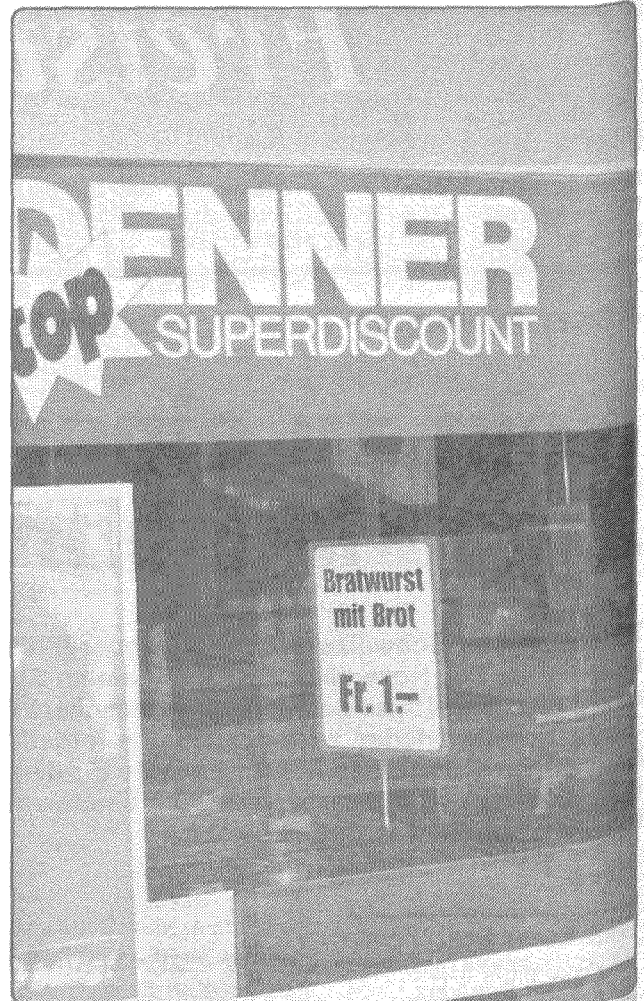
Dies führt zur Verweigerung des medizinischen Fortschrittes, weil neue medikamentöse Behandlungen in der Grundversicherung nicht möglich sind.

Die Initiative trifft aber nicht nur sozial Schwächere, auch Langzeitpatientinnen und -patienten werden massiv benachteiligt. Die Initiative des Karl Schweniger wird viele dazu zwingen, auf ihr be-

währtes und verträgliches Medikament zu verzichten und auf das Billigstprodukt umzusteigen. Dies gilt auch, wenn das bisherige Medikament ohne Beschwerden und Nebenwirkungen eingenommen werden konnte. Gleichgültig ist auch die Tatsache, dass es Medikamente gibt, welche eine längere Wirkung haben als das billigste Produkt.



Lesen Sie die Packungsbeilage oder fragen Sie den Arzt oder Apotheker – nicht Karl Schweniger. (Fotos rus)



Bei diesem sechsten Volksbegehren des Discounters wird man den Verdacht los, dass dieser all jenen, welchen Bratwurst und Brot auf dem Magen liegt, auch noch billigste Medikamente verkaufen möchte.

Am Beispiel «Karl»

«Karl» leidet unter starkem Asthma und ist erst neun Jahre alt. Durch das Medikament, das ihm sein Arzt verschrieben hat, verbessert sich die Lebensqualität nicht nur für den Patienten, sondern auch für seine Familie. Dank der langen Wirkungszeit des Medikaments «X» von 12 Stunden können er und seine Eltern die ganze Nacht durchschlafen.

Muss der behandelnde Arzt – im Falle einer Annahme der Denner-Medizin-Initiative – dem jungen Asthma-Patienten künftig das billigste Medikament «D» verschreiben, so verschlechtert sich die Situation nicht nur für «Karl», sondern für seine ganze Familie. ■

So entschieden Bundesrat und Parlament

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative in seiner Botschaft zuhanden der eidgenössischen Räte Volk und Ständen zur Ablehnung.

Im National- und Ständerat wurde die Initiative ebenfalls klar verworfen (SR 36:0, NR 76:0).

GENERALSEKRETARIAT ◉ *Danke und Gruss*

Von Rosmarie Meier . . .

Im Jahre 1984 hat Rosmarie Meier ihre Stelle als Mitarbeiterin des Fraktionssekretärs angetreten. Zu jener Zeit war der Berner Hans-Rudolf Leuenberger Generalsekretär, der Aargauer Ständerat Bruno Hunziker, Präsident der FDP Schweiz, während die Fraktion von Jean-Jacques Cevey, Montreux, präsiert wurde. «Freude herrschte» damals in der Parteizentrale, hatte doch die FDP bei den Wahlen im Herbst 83 den Wähleranteil auf 23,4% gesteigert (SP 22,8%, CVP 20,2% und SVP 11,1%). Bei ihrem Eintritt zählte die FDP-Fraktion darum 8 Mitglieder mehr als die CVP und 15 mehr als die SP.

Über Jahre war Rosmarie Meier für Fraktionssekretär Mario Tavazzi und



Stefan Costa eine zuverlässige Stütze. So wirkte sie nicht nur in den Räumen des Generalsekretariates, sondern während der Session in ihrem Büro des Bundeshauses.

Nebst der Betreuung des Fraktionssekretariates führte Rosmarie Meier das Sekretariat der Beamtenvereinigung und des Forums. Über Jahre war sie an den eidgenössischen Delegiertenversammlungen dort anzutreffen, wo Not an der Frau war. Während dieser Zeit lernte sie auch Hunderte von Delegierten der Kantonalparteien kennen und fand immer eine Lösung, wenn jemand seine Stimmkarte und die Abstimmungsunterlagen zu Hause vergessen hatte.

Zurzeit gibt Rosmarie Meier – mit grosser Sorgfalt – ihre Kenntnisse und Erfahrungen an ihre Nachfolgerin Jolanda Triner weiter. Während der laufenden Session und jener, welche im Frühjahr im Tessin durchgeführt wird, betreuen die beiden Sekretärinnen die FDP-Fraktion.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Generalsekretariates und all jene, die über Jahre auf Deine Mitarbeit und Hilfe zählen konnten, danken Dir und hoffen, dass Du weiterhin gute Laune behältst.

GENERALSEKRETARIAT ◉ *Ein neues Gesicht*

. . . zu Jolanda Triner

Am 1. November hat Jolanda Triner ihre Stelle als Nachfolgerin von Rosmarie Meier angetreten. In den ersten Wochen, in denen Rosmarie Meier ihre junge Nachfolgerin – mit mütterlicher Sorgfalt – in ihre Tätigkeit als Fraktionssekretärin einführte, zeigte es sich aber auch, dass ihre Bemühungen auf fruchtbaren Boden fallen.

Geburtsdatum: 12. Mai 1977
Bürgerort: Bern
Zivilstand: ledig
Konfession: reformiert
Hobbys: Alles mögliche, aber «nix is fix»

Ausbildung:
 Wirtschaftsmittelschule der Stadt Bern

Bisherige Tätigkeit:
 – Sekretärin/Sachbearbeiterin c/o Franz A. Zölch & Partner, Praxis für Urheber- und Verlags-, Medien- und Werberecht



VORSTELLUNG ◉ *Ein neues Gesicht im GS*

Die neue Webmasterin

Esther Maria Studer

Geburtsdatum: 12. April 1964

Bürgerort: Wittnau AG

Zivilstand: ledig

Konfession: protestantisch

Hobbys: Agility, Hundesport allgemein, Wandern, Lesen

Meine Aufgabe im Generalsekretariat

Seit dem 1. November 2000 arbeite ich als Webmasterin im Generalsekretariat der FDP und bin in dieser Funktion für unsere Homepage zuständig.

Ausbildung

Primarschule und Sekundarschule in Bern, kaufmännische Lehre bei der Schweizerischen Bankgesellschaft, Bern.

Weiterbildung

Bernische Fachprüfung für Immobilien-Verwalter und Immobilien-Treuhänder; Fernstudium als Webdesignerin.

Bisherige Tätigkeit

Insgesamt habe ich 11 Jahre in verschiedenen Abteilungen der heutigen UBS Bern gearbeitet und danach für 3½ Jahre ins Sekretariat einer Tiefbaufirma gewechselt. Am 1. 10. 1995 durfte ich meine neue Tätigkeit als Sekretärin von Herrn François Loeb aufnehmen. Diese Stelle hat mein Interesse am politischen Geschehen in diesem Land geweckt. Aus diesem Grunde habe ich nach gut einem Jahr bei der Bürgerlichen Ersparniskasse Bern die Chance gepackt, als Webmasterin ins Generalsekretariat der FDP Schweiz zu wechseln.

Politik

Seit diesem Frühling bin ich Mitglied der Geschäftsleitung FDP-Frauen Schweiz und Vorstandsmitglied im Verein Frau und Politik Bern. ■



Im Lichte des Weihnachtsbaums freuten sich Andrea Trümpy und Stefan Fryberg auf neue politische Abstimmungen.

ZÜRICH ◉ *Abstimmungsfeier*

Grund zur Freude

Anlässlich einer Abstimmungsfeier bei der economiesuisse in Zürich, mit den Leiterinnen und Leitern der kantonalen Stützpunkte, hatten die Glarnerin Andrea Trümpy und der Urner Stefan Fryberg allen Grund zu feiern.

Bei der Umverteilungsinitiative hatte der Urner

Geschäftsführer 80,3% aller Urnerinnen und Urner im Rücken. Auch die Glarner Kollegin Andrea Trümpy konnte 72,8% hinter sich vereinen.

Bereits haben die beiden zugesagt, die Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise» vom 4. März 2001 zu bekämpfen. Dies dürfte ihnen, zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Kantonen,

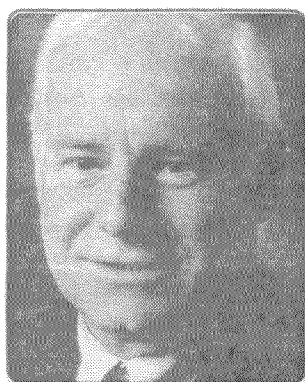
erfolgreich gelingen. Dies nicht zuletzt darum, weil bereits am 26. November 2000 die Denner-«Spitalkosteninitiative» bereits deutlich abgelehnt wurde. ■

NATIONALRATSSAAL  *Massstäbe*

Wo bleibt die Logik?

Dem ehemaligen sowjetischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschew soll der Nationalratssaal zum Halten einer Rede über die Ächtung von Massenvernichtungsmitteln – ein immerhin achtenswertes Thema – zur Verfügung stehen; den Jugendverbänden soll dagegen die Durchführung ihrer jährlichen Jugendsession im gleichen Saal künftig verwehrt bleiben. So hat es die Verwaltungsdelegation der eidg. Räte beschlossen.

VON FDP-NATIONALRAT
ULRICH FISCHER,
SEENGEN (AG)



Ulrich Fischer

Es liegt auf der Hand, dass die Jugendverbände diesen Entscheid bedauern und daraus eine Geringschätzung ihrer Arbeit durch die etablierten Politiker ableiten. Wenn diesem Entscheid eine konsequente Haltung – grundsätzlich keine Fremdbenützung des Nationalratssaales – zugrunde liegen würde, könnte man noch Verständnis – wenn auch keine Zustimmung – für diesen Entscheid aufbringen. Nun bestand aber zunächst die Absicht, den ehemaligen Präsidenten der nicht mehr existierenden Sowjetunion vor der vereinigten Bundesversammlung auftreten zu lassen, ein Privileg, das meines Wissens aktiven Staatsoberhäuptern vorbehalten ist. Richtigerweise wurde deshalb dieses Ansinnen abgelehnt.

Der Jugend das gleiche Recht zugestehen

Nun kann man geteilter Meinung darüber sein, ob Herr Gorbatschew angesichts seiner unbestrittenen Verdienste um die Wiedervereinigung Deutschlands und die Öffnung des so-

wjetischen Satellitenreiches die Benutzung des Nationalratssaales zur Verbreitung seiner Botschaft zur Verfügung stehen soll (mit Ankündigung im Sessionsprogramm!). Wenn man aber dergestalt vom Verbot der Fremdbenützung abweicht, dann möge man konsequenterweise auch der Jugend unseres Landes das gleiche Recht zugestehen, denn deren Motivation für den Einsatz zugunsten unseres Staatswesens verdient höchste Beachtung. Deshalb habe ich im Plenum des Nationalrates einen Antrag eingereicht, wonach auch den Jugendverbänden das Benutzungsrecht des Nationalratssaales gewährt werden müsse, falls dieses Herrn Gorbatschew eingeräumt wird. ■

LORD'S OF SWEDEN

BERLIN · HAMBURG · FRANKFURT · DÜSSELDORF · STOCKHOLM · ZÜRICH

»Ein Anzug in Super Stoff Qualität von Cerruti's
nach Ihren Maßen in der Schweiz gefertigt,
dazu ein Hemd aus reiner Schweizer Baumwolle,
sowie eine exklusive Seidenkraumatte.



4690,-
Special Offer 1190,-



4790,-
Special Offer 1290,-



4990,-
Special Offer 1490,-

Damit Sie sich von der besonderen Qualität überzeugen können,
würden wir Sie gerne zu einem persönlichen Termin einladen.



Ruf 01/212 56 06
Bahnhofstrasse 12 · 8001 Zürich
Eingang des Ateliers 5. Etage

FACHTAGUNG ◉ Ungeschminkte Zwischenbilanz

Fachhochschulen an der Weggscheide

Die FDP führte im Vorfeld der Zwischenbilanz des Bundesrates zum Stand des Aufbaus der Fachhochschulen eine Fachtagung zum Thema «Fachhochschulen an der Weggscheide» durch. Die FDP verlangt vom Bundesrat eine ungeschminkte Zwischenbilanz, damit anschliessend gezielte Massnahmen zur noch besseren Ausrichtung der Fachhochschulen vorbereitet und umgesetzt werden können.

In einer offenen Volkswirtschaft muss das Bildungssystem jeder und jedem die Möglichkeiten bieten, den notwendigen «Rucksack» erwerben zu können. Ein entsprechender Mangel in

der höheren Berufsbildung führte 1998 dazu, dass der Grundstein für den Aufbau von Fachhochschulen gelegt wurde. Gemäss dem ursprünglichen Kalender des Bundes soll der Aufbau der

Fachhochschulen bis 2003 abgeschlossen sein. Dann muss eine Lagebeurteilung vorgenommen werden. Bereits zur Halbzeit will der Bundesrat eine erste Evaluation der Funktionsweise der Fachhochschulen durchführen. Ein entsprechender Bericht wird in wenigen Wochen dem Bundesrat vorliegen. Die FDP verlangt eine ungeschminkte Lagebeurteilung. Nötigenfalls sind Anpassungen vorzunehmen, um die Schulen noch besser in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen

der Wirtschaft zu bringen. Die FDP wiederholt ihre Forderungen, dass die Fachhochschulen eine Vorreiterrolle im Bereich des Technologietransfers und der Anwendungsforschung einnehmen müssen. Eine engere Kooperation zwischen den Fachhochschulen und den Universitäten kann noch mehr vorhandenes Potenzial freilegen. Die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Ausbildungswegen muss noch verbessert werden. Weitere Anstrengungen sind notwen-

dig, um die internationale Anerkennung der Fachhochschulen auszubauen.

An der Fachtagung der FDP Schweiz zum Thema «Fachhochschulen an der Weggscheide» an der Universität Bern vom 11. November 2000 referierten Eric Fumeaux, Direktor des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT), Stephan Bieri, Vizepräsident des ETH-Rates, sowie die FDP-Parlamentarier Christine Beerli, Christiane Langenberger und Johannes Randegger.

*Bergbauern
erhalten unsere
Tradition und
Kultur – erhalten
wir unseren
Bergbauernstand*



SCHWEIZER BERGHILFE

www.berghilfe.ch • Postkonto: 80-32443-2

Wolfer Reliefdruck GmbH

- Monogramprägungen
- Heissfolienprägungen
- Stahlstichprägungen
- Thermoreliefdruck

Prompt und zuverlässig

9327 Tubach
Tel. 071 841 71 75
Fax 071 841 71 15

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTUNG:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Redaktion: Ruedi Schläpfer (rus). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ PRINT, Schlieren
E-Mail: print@nzz.ch
www.nzzprint.ch

Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

LANGENTHAL  3-tägiges Weiterbildungsseminar

Frontalunterricht ist nicht mehr gefragt

Im Design Center, Alte Mühle, Langenthal, führte die FDP Schweiz ihre traditionelle Academy durch. Verantwortlich für die Gesamtorganisation war Stefan Costa, Sekretär der FDP-Bundeshausfraktion in Bern. Ziel war es, die FDP-Exponentinnen und -Exponenten für den Auftritt auf dem politischen Parkett und im Umgang mit den Medien zu schulen.

Allein die gute Beteiligung – es waren 50 Frauen und Männer verteilt auf zwei Module – machte deutlich, dass die FDP-Leute nicht nur lernfähig, sondern auch lernwillig sind.

Modulartiger Aufbau

Die dreiteilige Gliederung des Seminars bewährte sich. Unter dem Titel «young politics» war der erste Teil so angelegt, dass die nachrückende Generation angesprochen wurde. Während der Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, Bernhard Schürch, über die Strukturen und Inhalte der Jungpartei referierte, schloss sich ihm Fachreferent Bruno Hofer an. Er verstand es, nicht nur aus seinen Erfahrungen zu berichten, sondern nutzte jede Gelegenheit, die Anwesenden zur aktiven Teilnahme zu animieren. Die beiden Politik-Profis, Ex-Nationalrat Ernst Mühlemann und der Langenthaler Stadtpräsident Hans-Jürg Käser, verstanden es, aus ihrer Praxis so zu berichten, dass sich die Teilnehmerinnen



Bei den Ausführungen von Guido Schommer (links) zeigte es sich, dass er trotz mehrjähriger GS-Tätigkeit die Leiden und Freuden der FDP-Basis kennt.



Zuerst zuhören und dann...

und Teilnehmer mitten in der politischen Praxis wählten. Im anschliessenden Workshop konnte das Gehörte vertieft werden.

Politik konkret

Unter dem Titel «content politics» galt es unter der Leitung von Nationalrätin Christine Eggerszegi, AG, und den Nationalräten Gerold Bühner, SH, und Paul Kurrus, BL, die Themen Sozialpolitik, Finanzpolitik und Verkehrspolitik zu erarbeiten. Die Impulsreferate der drei Parla-

mentsmitglieder legten eine ausgezeichnete Basis für die Gruppenarbeit und die anschliessende Plenumsdiskussion. Ein Austausch über die Erlebnisse eines Wahlkampfes und die Aufzeichnung «Was erwartet die Wirtschaft von den FDP-Politikern» bildeten die Grundlage für Gespräche, die sich weit über das Nachtessen hinaus zogen.

Wie sag ich es meinem Wähler?

Der dritte Teil «communication politics» war ganz

dem Thema «Permanenter Wahlkampf» gewidmet. Die Medienprofis Christian Heeb und Hanspeter Meng und FDP-Pressechef Guido Schommer wussten einmal mehr das Verhalten im Bereiche der Presse und der elektronischen Medien «einfach» zu erklären. Dass der Berner «Wahlkampfleiter 2003», Hannes Treier, heute schon unter diesem Titel auftreten konnte, zeigt auf, dass in vielen Kantonen der Begriff «Permanenter Wahlkampf» keine Worthülse mehr ist. Mit

dem Spiezer Wahlkampfleiter Markus Seiler stand ihm ein «alter» Fuchs zur Seite, der Wahlkämpfe aus der Sicht der Ortsparteien kennt.

Ein abschliessendes Panelgespräch unter Beizug von Fraktionchefin Christine Beerli und den beiden Nationalräten Peter Kofmel und Georges Theiler brachte unter der Moderation von Rolf Leimer eine echte «Zusammenfassung» dieser drei Tage. ■

ARBEITSPLATZ SCHWEIZ  Zwischen Unter- und Vollbeschäftigung

Gehen uns die Arbeitskräfte aus?

Der konjunkturelle Aufschwung hat in den späten neunziger Jahren die Schweiz etwas später erreicht als andere Teile der Weltwirtschaft, doch am Arbeitsmarkt hat er den Wandel von der Unter- zur Vollbeschäftigung weit ausgeprägter vollzogen. In vielen Branchen und Berufen herrscht wieder Mangel an Arbeitskräften. Die Rufe nach staatlicher Beschäftigungsförderung und neuartigen «Arbeitsbiographien» sind grossenteils verstummt. Der Bedarf an freiheitlichen und beweglichen Arbeitsmärkten bleibt so oder anders bestehen.

ders bestehen.

VON GUIDO SCHOMMER,
PRESSECHIEF FDP
SCHWEIZ

Noch vor zwei Jahren war die schlagwortartige Frage «Geht uns die Arbeit aus?» auffallend populär. Sie verlockte angesichts einer verbreiteten und auch hierzulande hartnäckig scheinenden Arbeitslosigkeit zu gesellschaftspolitischen Beschwörungen. Vor allem staatsgläubige Meinungs-

träger suchten nach neuartigen Modellen zur Verteilung der Arbeitsmöglichkeiten, die angeblich immer mehr schrumpften und öffentliche Eingriffe unausweichlich machten.

Überholte Regulierungskonzepte

Diese Einschätzung beflügelte den Erfindungsreichtum von Soziologen, Arbeitsvertragsrechtlern, linkslastigen Ökonomen und bisweilen auch Theologen. Es entstanden Vorstel-

lungen von neuen Zeiteinsatz-Schablonen für alle Menschen. Man sprach von der Aufgliederung in Erwerbstätigkeit, Sozial-einsätze, Hausarbeit und Freizeit, von Teilzeitsystemen und entschädigungsberechtigter Gemeinnützigkeit. Über allem entwickelte sich die Generalrezeptur der Arbeitszeitverkürzung (möglichst mit integralem Lohnausgleich) nachgerade zu einem Glaubenssatz. Vorzugsweise sollten solche Konzepte durch staatliche Regulierung durchgesetzt werden.

Das Mobilitäts-erfordernis bleibt

Dass solcher Reformeifer viel von seiner Aktualität eingebüsst hat, kommt nicht von ungefähr. Seit dem Beginn der Konjunkturerholung und besonders im laufenden Jahr hat sich die Arbeitsmarktlage beträchtlich verändert. Die Arbeitslosenquote liegt wieder unter 2% und zeigt effektive Vollbeschäftigung an. Die Zahl der Erwerbstätigen hat den höchsten Stand seit fast zehn Jahren erreicht. Der Anteil der Vollbeschäftigten ist gewachsen, doch auch Temporärarbeitskräfte sind gesucht. Die Zunahme der offenen Stellen widerspiegelt vor allem einen Mangel an qualifiziertem Personal. Erweitert hat sich auch die Zahl der berufstätigen Frauen und der beschäftigten Ausländerinnen und Ausländer.

Es wäre indessen verfehlt, den Arbeitsmarkt nun als problemlos anzusehen. Einerseits kann sich die Beschäftigungslage früher oder später aus konjunkturellen Gründen wieder ver-



Guido Schommer

schlechtern. Andererseits droht aber auf längere Sicht das Wirtschaftswachstum vom Arbeitskräftepotenzial her zur Unzeit behindert zu werden. Es ist nämlich damit zu rechnen, dass in nicht zu ferner Zukunft mehr Berufstätige den Ruhestand antreten als neue ins Erwerbsleben eintreten werden. Dies würde unter sonst gleichen Umständen zu einer Verminderung der erwerbstätigen Bevölkerung führen. Zum Ausgleich solcher Nettoverluste könnten eine vermehrte Beschäftigung von Frauen und zusätzliche Berufstätigkeiten von Rentnern dienen – oder die verstärkte Einwan-

derung von Arbeitskräften. Darüber hinaus bleiben Flexibilität und Mobilität auch für die einzelnen Erwerbstätigen geboten. Denn die technische Entwicklung und der Wandel der Unternehmensstrukturen werden weiterhin eine genügende berufliche und geographische Beweglichkeit sowie ausgebaute Weiterbildungsanstrengungen erfordern.

T O P
F I F T Y

Interims-Management der Spitzenklasse

Top Fifty AG, Management
Bahnhofstr. 28, 6300 Zug
Tel. 041 729 80 47
Fax 041 729 80 41
www.top50.ch
c.vonah@top50.ch

KOLUMNE

In eigener Sache



Der Freisinnige Presseverband der Schweiz muss sich neu ausrichten – oder ins Antiquitätengeschäft wechseln. Dies ist die Überzeugung des Vorstandes und des Generalsekretariats der FDP Schweiz. Die Medienzeiten ändern sich, weshalb auch wir uns zu ändern haben.

Während Jahren eröffneten die Mitglieder des Bundesrates die Abstimmungskämpfe ihrer Vorlagen im Rahmen einer von uns organisierten Veranstaltung in Bern. Sie besaßen kontradiktorischen Charakter. Dem bundesrätlichen Referat folgten Co-Referate aus zustimmender und ablehnender Sicht. Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus beiden eidgenössischen Kammern und jeder Couleur konnten sich äussern.

Den im Bundeshaus akkreditierten Medienvertretern, Beobachtern aus der Wirtschaft und unseren Mitgliedern boten diese drei, vier Anlässe pro Jahr willkommene Gelegenheit, sich aus erster Hand aktuell zu informieren. Presse, Radio und Fernsehen fanden interessante Interviewpartner. Der Wind, der im Abstimmungskampf wehen würde, liess sich genau vorhersagen.

Ehrlicherweise müssen wirzugeben, dass sich die Durchführung unserer Veranstaltungen zunehmend schwieriger gestaltete. Die früher selbstverständliche Bereitschaft der Bundesratsmitglieder, unseren Verband als ideale Plattform zu nutzen, nahm ab. Denn an der Departementsspitze etablierten sich eigene Medienstäbe. Sie wollen die magistralen Auftritte nach eigenen taktischen Kriterien steuern. Die zurückhaltende Informationspolitik hat sich in eine recht offensive verwandelt.

In den beiden vergangenen Jahren sah sich der Verband gezwungen, Veranstaltungen mangels geeigneter Referenten bzw. mangels genügender Anmeldungen abzusa-gen. Unsere Mitglieder und überhaupt die Medienschaffenden leiden neben der Informations- auch

unter der Einladungsflut. Wer nichts Aussergewöhnliches bietet, kann die Teilnehmerschaft an einer Hand abzählen.

Der Verband ist gewillt, aus den Erfahrungen zu lernen. Er ist von der Notwendigkeit eines liberalen Medienforums überzeugt. Als künftige Marschrichtung gilt konsequent das Prinzip «Qualität vor Quantität».

Mehr als vier jährliche Veranstaltungen – im Frühjahr, Sommer, Herbst und Winter – sollen es nicht sein. Von den fixen Daten und Zeiten – immer am späteren Vormittag eines Dienstags – lösen wir uns. Mit der planerischen Flexibilität gelingt es leichter, wichtige Referentinnen und Referenten zu gewinnen. Davon hängt der Erfolg eines Anlasses entscheidend ab.

Thematisch befassen wir uns auch in der Zukunft mit bewegenden Abstimmungsvorlagen und gelegentlich neu mit wichtigen Fragen ausserhalb der eidgenössischen Traktandenliste. Hierzu wollen wir Stimmen zu Gehör bringen und Gesichtspunkte vor Augen führen, die noch nicht überall bekannt sind. Gelingt es nicht, ein Podium exzellent zu besetzen, verzichten wir darauf, aus falschem Pflichtgefühl eine Veranstaltung zu organisieren.

Ergänzend denken wir daran, bedeutende liberale Persönlichkeiten aus dem europäischen Ausland einzuladen und zu ihnen den direkten persönlichen Kontakt zu vermitteln.

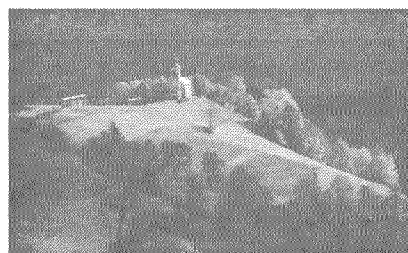
Mit diesen Neuerungen werden unsere Veranstaltungen wieder informativ und spannend. Wer sie besucht, trägt einen Nutzen davon.

*Alex Bänninger,
Publizist,
Präsident des Freisinnigen
Presseverbandes der Schweiz,
Zürich*

silvatur

Märchenhafte Komfort-Rundreisen Natur und Kultur 2001

Alle Reisen mit dem bekannten Schweizer Naturexperten
Andreas Speich, dipl. Forsting. ETH/SIA/IUCN
Exkursionen und Wanderungen mit Varianten nach Wunsch der Gäste



Slowenien

Das friedliche Waldland am Tor zum Balkan

Grossartige Kulturlandschaften, Naturwälder, Olivenhaine, Heilquellen und in eine herrliche Alpenwelt, über Venedig an die istri-sche Küste und bis in die Weinberge im Grenzland zu Ungarn; Exkursionen mit lokalen Fachexperten. 17 Tage pauschal Fr. 5'090.-, Einzelzimmer + Fr. 650.-, alles inbegriffen ab Ihrem Wohnort in der Schweiz, Reisebeginn am Freitagmorgen 1. Kl. Bahn ab Zürich, Gepäckträger, ab Padua moderner Luxusbus (mit WC), 2 Sitze pro Gast im Bus, beste Hotels, zurück ab Ljubljana mit Swissair.

- Reise I 27. April - 13. Mai
- Reise II 21. September - 07. Oktober
- Reise III 19. Oktober - 04. November

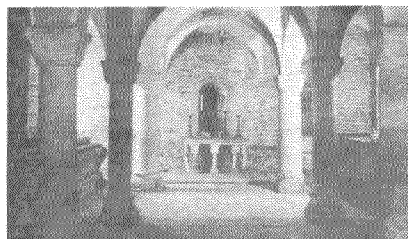


Böhmen - Mähren - Hohe Tatra - Polen

Märchenwälder und Renaissancestädte

Beeindruckende, sonst nicht zugängliche Urwaldreservate, die reizvollen Städtchen Cesky Krumlov und Telc, auf Bärenpfaden im Tatra-Nationalpark, mit Flössergesellen auf dem Dunajec, die alt-ehrwürdige Königs- und Universitätsstadt Krakow, mit Pferdekutschen tief in den Bialowieza-Urwald und Chopin in Warschau. 17 Tage pauschal Fr. 5'090.-, Einzelzimmer + Fr. 650.-, alles inbegriffen ab Ihrem Wohnort in der Schweiz, Reisebeginn am Freitag-abend mit Komfort-Schlafwagen ab Zürich, Gepäckträger, ab St. Pölten Luxusbus (mit WC), 2 Sitze pro Gast im Bus, beste Hotels, zurück ab Warschau mit Swissair.

- Reise I 25. Mai - 10. Juni
- Reise II 22. Juni - 08. Juli



Wir senden Ihnen gerne die Prospekte: *silvatur reisen*
Postfach 135, CH-6000 Luzern 4,
Tel. 041 240 37 94 Fax 041 240 37 93
E-mail: travel@silvatur.ch

Einladung zur a. o. Delegiertenversammlung

Freitag/Samstag, 12./13. Januar 2001
Hotel Aarhof/Stadttheater, 4600 Olten (SO)

Freitag, 12. Januar 2001

Vorprogramm

10.20 Uhr	Sekretärenkonferenz
12.30 Uhr	Mittagessen
anschl.	Rahmenprogramm für Kantonalsekretäre (bis 17.00 Uhr)
14.20 Uhr	Geschäftsleitungssitzung
17.20 Uhr	Präsidentenkonferenz
19.30 Uhr	Nachtessen

Samstag, 13. Januar 2001

a. o. Delegiertenversammlung

8.30 Uhr	NR-Leaderkonferenz (NR-Leader und NR-Fraktionsvorstandsmitglieder)
10.20 Uhr	Begrüssung durch Frau Landammann Ruth Gisi, Vorsteherin der kantonalen Erziehungsdirektion (angefragt)

anschl. Ansprache durch den Parteipräsidenten,
Nationalrat Franz Steinegger (UR)

10.50 Uhr

Positionspapier Gesundheitspolitik

- Präsentation durch Nationalrat Felix Gutzwiller (ZH) (angefragt)
- Behandlung von Anträgen und Plenumsdiskussion
- Verabschiedung des Positionspapiers

12.20 Uhr

Volksinitiative «Ja zu Europa»

- pro: Nationalrat Yves Christen (VD)
- contra: Ständerat Peter Briner (SH)

12.40 Uhr

Ansprache Bundesrat Pascal Couchepin,
Vorsteher EVD

anschl.

Diskussion und Parolenfassung

13.20 Uhr (ca.)

Schluss der DV und Apéritif



Anmeldetalon

Zur a. o. Delegiertenversammlung im Hotel Aarhof/Stadttheater, 4600 Olten (SO),
sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich so rasch wie möglich an:

Name:

Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Datum:

Unterschrift:

Einsenden, faxen oder e-mailen an FDP Schweiz, a. o. DV Olten, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch

Original «Freisinn FDP»-Leser: Parkuhren-Liquidation

Holen Sie sich ein Zeit-Denkmal der besonderen Art!

Eine Exklusivität mit Kultstatus: Die aus den 70er Jahren stammenden Original-Parkuhren der Marke VENNEN werden demnächst vom Schweizer Strassenbild verschwinden. Doch Sie können sich noch dieses Jahr Ihr persönliches Exemplar sichern:

Die Auflage ist limitiert!

Nutzen Sie die Chance, sich ein Stück funktionsfähige Zeitgeschichte für zu Hause, das Büro oder für den eigenen Parkplatz zu holen. Als auffallendes Dekostück, Kleiderständer, unkonventionelle Spar-Kasse – oder was immer Sie wollen. Aber auf jeden Fall ein unvergleichliches Kultobjekt!

Einsenden an:

«Freisinn FDP», KRETZ AG, Verlag
und Annoncen, General Wille-Str. 147,
Postfach, 8706 Feldmeilen

Venner Einzel-Parkuhr Anzahl _____ à Fr. 398.–
 Venner Doppel-Parkuhr* Anzahl _____ à Fr. 548.–

Deutsch beschriftet
 Französisch beschriftet

(Solange Vorrat)

*Bitte beachten Sie, dass die Doppel-Parkuhr ausschliesslich mit deutscher Beschriftung lieferbar ist.

Name/Vorname :

Strasse/Nr. :

PLZ/Ort:

Tel.:

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an:

«Freisinn FDP», KRETZ AG, Verlag und
Annoncen, General Wille-Str. 147,
Postfach, 8706 Feldmeilen

Auslieferung durch: Gabriel AG, 6340 Baar

Die Parkuhren werden im Originalzustand mit Stahlrohr
und Fuss frei Haus geliefert. Höhe ca. 75 cm.

«FREISINN»  In eigener Sache

Im neuen Kleid

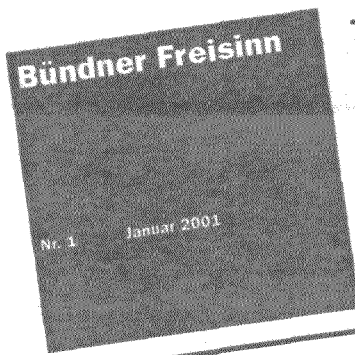
Nachdem der «Freisinn» in früheren Jahren im Zeitungsformat erschienen war, wurde in einem ersten Schritt auf das Tabloid-Format gewechselt. In einer weiteren Phase wurde, von der gestalterischen Seite her, eine Veränderung vorgenommen. Jetzt ist es wieder so weit.

Verkleinerte neue Frontseite

Die erste «Freisinn»-Ausgabe im Jahre 2001 wird in einem neuen Kleid daherkommen. Zusammen mit den Gestaltern der NZZ ist es gelungen, eine ansprechende Lösung zu finden.

Die 0-Nummer im neuen Auftritt kam bei den Kantonalparteien sehr gut an. Auch jene Kantone, welche bis heute noch kein eigenes Kopfblatt besaßen, befassten sich ernsthaft damit, mit einem «eigenen» «Freisinn»-Kopfblatt an ihre

Mitglieder zu gelangen. Ein weiterer Grund, diesen Schritt zu tun, ist die Tatsache, dass der Neuauftritt in Schrift und Gestaltung ganz dem CD-Manual der FDP Schweiz angepasst ist. Nachdem sich die Kantonalparteien Luzern, Schwyz und Nidwalden entschlossen haben, von «Liberalen» zu «Freisinnigen» zu werden, ist es das erklärte Ziel der Geschäftsleitung Schweiz, möglichst alle Kantonalparteien in die «Freisinn»-Familie einzubinden.



FDP

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Nationalbüro/Redaktion:
 Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
 Postfach 6130
 3001 Bern
 Telefon 031 320 35 35
 031 320 35 20
 Fax 031 320 35 20
 E-Mail fdp@fdp.ch
 Internet www.fdp.ch

Vertrieb:
 Verlag AG
 Verlag und Anzeigen-Gesellschaft
 Gärnerstrasse 147
 8100 Postfach
 Telefon 01 923 78 56
 Fax 01 923 78 57
 E-Mail fdp.vertrieb@verlag.ch
 Internet www.verlag.ch

Luzern/Emmentaler:
 NZZ PRINT
 Postfach
 3021 Ebnet
 Telefon 01 258 15 05
 Fax 01 258 18 99
 E-Mail print@nzz.ch
 Internet www.nzz.ch

Offizielles Organ der FDP Schweiz. 23. Jahrgang, erscheint monatlich.

«Wählen Sie die richtige Frequenz!» Die Parteizeitung im neuen Kleid

Inhalt



Gegen Rechts

Warum eine Debatte, nach der 1. August-Feier auf dem Rütli, nötig ist.

2



Keine Steuer auf Vorrat

Weiche Meinung unser Präsident Franz Steinegger vortritt.

5

1.8-Prozent-Initiative

Das Volksbegehren löst ein verständliches Unbehagen aus.

7

Energieerzeugungsabgabe

FDP und die Idee der ökologischen Steuerreform.

13

Anzeige



Man weise es unterdessen: Podiumsgespräche und traditionelle Standaktionen vermögen die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger kaum mehr anzulocken. Mit Muehl sieht es anders aus, vor allem wenn der Kandidat selbst mitwirkt.



Diese Legende wird neu die Sitzsäulen schmücken. Sie soll einprägsam und aktuell sein.

Vally Stäger, Grossrätin, Präsidentin FDP-Frauen Aargau

Die FDP-Frauen haben in Zusammenarbeit mit den Orts- und Bezirksparteien die Organisation übernommen: Es galt, geeignete Plätze zu finden, Stände platziert aufzubauen, Getränke und Knabberwaren bereitgestellt und natürlich auch Stromanschlüsse für Verstärker und Lautsprecher organisiert werden.

Konsequenz

An zwei Samstagen war unsere Gruppe mit zwei Kleinbussen im Kanton unterwegs. Brugg, Döttingen, Muri, Lenzburg, Reinach, Aarau und Prick waren die Stationen. In Windeseile wurde jeweils aufgebaut, damit die Wynaville-Band möglichst schnell die Auf-

merksamkeit auf sich ziehen konnte.

Teamarbeit

Für Kinder gab es Ballone und Mohrenköpfe, Wahlkarten wurden verteilt, und in den Pausen konnte man den Kandidaten, die Klarnette unter dem Arm, beim eifriger Diskutieren mit den Besuchern beobachten. Ganz besonders freute es uns, dass auch unsere Regierungsrätin Stéphanie Mirkhofer dabei war und sich im lockeren Gespräch über die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger informieren konnte. Die Aktion hat gezeigt,

dass Teamarbeit für die Aargauer Freisinnigen kein leeres Wort ist: Von den Parteipräsidenten und Vertreter der Jungfreisinnigen legten alle Hand an.

Herzliche Gratulation!

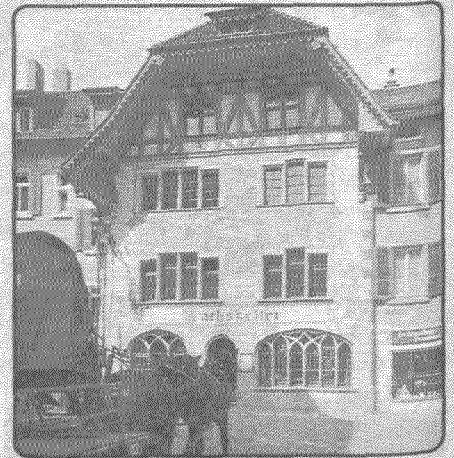
Am 28. März wurde Vally Stäger Fräulein zum Grossrätin gewählt. Ich gratuliere herzlich zum Erfolg und wünsche Ihnen viel Freude bei der Ausübung Ihrer neuen Aufgabe. Die FDP des Kantons Aargau und die Grossrätinnen wünschen Ihnen einen erfolgreichen und angenehmen Start in Ihrer neuen Funktion.

Abschlüsse

- Die FDP-Parolen
- Nein zur Solarinitiative
 - Nein zum Verfassungserhalt über eine Förderabgabe
 - Nein zum Verfassungsartikel über eine Energieerzeugungsabgabe für die Umwelt
 - Nein zur 1.8-Prozent-Initiative
 - Nein zur Volksinitiative «konstruktives Referendum»

Olten, eine starke Zentrumstadt für eine starke Region – nicht nur ein Bahnhof

Für zwei Drittel aller Schweizerinnen und Schweizer ist Olten innerhalb einer Stunde mit der Bahn erreichbar und damit der ideale zentrale Tagungsort. Dies ist auch der Grund, weshalb die FDP Schweiz einmal mehr für den 13. Januar 2001 Olten als Tagungsort ausgewählt hat. Eine der Stärken unserer Stadt und der ganzen Region ist, Vereinen, Berufsverbänden, Unternehmungen, dem Sport oder eben auch der Politik die Möglichkeit zu bieten, zu tagen, zu verhandeln, aber auch das Gesellschaftliche



und das Angenehme damit in Verbindung zu bringen. Das letzte Mal trafen sich anlässlich des 100. Geburtstages unserer Partei Hunderte von Freisinnigen aus der ganzen Schweiz in der Stadt an der Aare. Schon damals wurde beim Besuch unserer hübschen Altstadt vielen Freisinnigen bewusst, dass Olten nicht nur ein Bahnhof ist.

Als Stadtpräsident und als Mitglied unserer Partei freut es mich darum besonders, Sie in unserer Stadt begrüssen zu dürfen. Getreu nach unserer Kernbotschaft «Olten kommt! Olten zeigt sich!» lade ich Sie ein, unsere pulsierende Kleinstadt mit ihren 17 500 Einwohnern nicht nur für einen kurzen Aufenthalt anlässlich der Delegiertenversammlung zu erleben, sondern uns auch bei anderer Gelegenheit wieder einmal zu besuchen. Sie werden sehen, es lohnt sich!

Die Delegierten der FDP aus der ganzen Schweiz heisse ich in der Dreitannenstadt herzlich willkommen. Ich wünsche allen einen schönen Aufenthalt, verbunden mit einem erfolgreichen Verlauf der Versammlung bei guter Stimmung, so dass alle zum Schluss dieser Tagung unsere Kernbotschaft gerne übernehmen: «Wir kommen wieder nach Olten.»

Ernst Zingg, Stadtpräsident



Idealer zentraler Tagungsort

ABSTIMMUNG  Keine flächendeckenden Tempolimiten

«Strassen für alle»

Nach der erst vor wenigen Monaten vom Volk vernichtend klar verworfenen Verkehrshalbwahlinitiative beschäftigt uns eine neue, ebenso einschneidende Vorlage zum Thema Verkehr aus dem Hause VCS. Die Stossrichtung der Volksinitiative «Strassen für alle», nämlich die Steigerung der Verkehrssicherheit und der Wohnqualität, ist zwar zu begrüßen, der gewählte Weg mit einer generellen Höchstgeschwindigkeit innerorts von 30 km/h ist jedoch zu undifferenziert und zu radikal.

VON NATIONALRAT
WERNER MESSMER,
SULGEN TG

Die Initiative geht von vollständiger, flächendeckender Einführung von Tempo 30 aus. Somit wird einmal mehr eine unterstützungswürdige Idee an der Absolutheit und Extremität ihrer eigenen Forderung abstürzen und zugrunde gehen. In der Diskussion werden die Initianten aber wie üblich die extremen Auswirkungen der Initiative herunterspielen. Entscheidend zur Beurteilung bleibt aber allein der vorliegende Initiativtext. Wo liegen nun die Schwächen der Initiative?

1. Die Initiative vermittelt den Eindruck, als wäre die Geschwindigkeit alleine massgebend für die Verkehrssicherheit. Wir wissen aber alle, dass nur ein Zusammenwirken verschiedenster Massnahmen Besserung bringt. Dass bei einer Zunahme des Motorfahrzeugbestandes von über 250 Prozent zwischen 1970 und 1998 die Zahl der Verletzten im gleichen Zeitraum um 25 Prozent und die Zahl der Toten um 65 Prozent zurückgegangen ist, spricht für die eingeleiteten Massnahmen. Dazu gehören bauliche

Verbesserungen, technische Fortschritte im Automobilbau und im Rettungswesen, verbesserte Verkehrserziehung sowie Gurten- und Helmobligatorium usw.

2. Es ist eine Illusion zu glauben, dass allein mit einer Signalisation Tempo 30 eingehalten wird. Untersuchungen belegen, dass das «Erscheinungsbild» der Strassen das Fahrverhalten wesentlich beeinflusst. Wo keine Gefahr, kein Hindernis erkennbar ist, werden vor allem tiefe Tempovorschriften nicht eingehalten. Messungen in Deutschland bestätigen diese These eindrücklich. Die Kosten der darum notwendigen baulichen Begleitmassnahmen schätzt der Bundesrat auf rund 2 Milliarden Franken.

3. Die in der Initiative vorgesehene Ausnahmemöglichkeit von Tempo 30 erweist sich als Augenwischerei und Illusion. Eine allfällige Hinaufsetzung der Tempolimiten auf Hauptstrassen ist nämlich nur dann möglich, wenn es die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer und der Schutz der Anwohnerschaft – namentlich vor Lärm –



Werner Messmer

zulassen. Das heisst doch ganz klar, dass es kaum mehr möglich sein wird, die Geschwindigkeit auf Hauptstrassen wieder einmal auf 50 oder 60 km/h zu erhöhen, weil eine höhere Geschwindigkeit immer zulasten der Sicherheit und des Lärms geht.

4. Da sich der öffentliche Verkehr ebenfalls an die neuen Limiten halten müsste, entsteht auch für diesen eine Behinderung. Die Fahrzeiten würden sich verlängern. Um die gleiche Transportleistung zu gewährleisten, müssten zudem mehr Fahrzeuge eingesetzt werden. Die entsprechenden Folgen sind leicht erkennbar.

5. Kein anderes europäisches Land kennt eine generelle Limite innerorts von 30 km/h. Die Initiative verlangt also einen unnötigen schweizerischen Alleingang. Die meisten unserer Dörfer kennen keine Umfahrungsstrasse. Die sogenannte Hauptstrasse führt wie ein Lebensnerv durch das Dorf. Für Leute, die beruflich, geschäftlich oder zur Erledigung alltäglicher Aufgaben unterwegs sind, wäre Tempo 30 innerorts eine massive Schikane.

Die gültige Gesetzgebung gibt den örtlichen Behörden heute schon die Möglichkeit, situationsgerecht und in Zusammenarbeit mit der betroffenen Be-

völkerung verkehrsberuhigende Massnahmen bis hin zu «Tempo-30-Zonen» zu beschliessen. Zudem bieten die Kantone den Gemeinden vermehrt die Gelegenheit, Kantonsstrassen in Gemeindestrassen umzuwandeln. Dies muss der Weg sein. Überlassen wir es der Eigenverantwortung und den Wünschen der einzelnen Gemeinden, ob sie eine blaubeschilderte Hauptstrasse durch ihr Dorf wollen oder eine weissbeschilderte Gemeindestrasse, auf welcher sie verkehrsberuhigende Massnahmen treffen können. Eine flächendeckende Lösung fürs ganze Land ist darum abzulehnen. ■

GRUNDLAGENFORSCHUNG  Sicherung der AHV von morgen

Priorität – auch finanziell – für Bildung und Forschung

«Biggest-ever rise for research budget next year» lautet eine Schlagzeile in der Oktoberausgabe der internationalen Wissenschaftszeitschrift «Nature». Gemeint ist damit leider nicht die Schweiz, sondern das Forschungsbudget der USA für das Jahr 2001. Während in den vergangenen Jahren die USA und weitere erfolgreiche Industrienationen wie beispielsweise unser Nachbar Deutschland den Beitrag der öffentlichen Hand für die Grundlagenforschung laufend erhöht haben und dies auch in Zukunft tun dürften, wird in der Schweiz unbeirrt ein gegenläufiger Kurs gefahren.

VON FDP-NATIONALRAT
JOHANNES RANDEGGER,
BETTINGEN (BS)

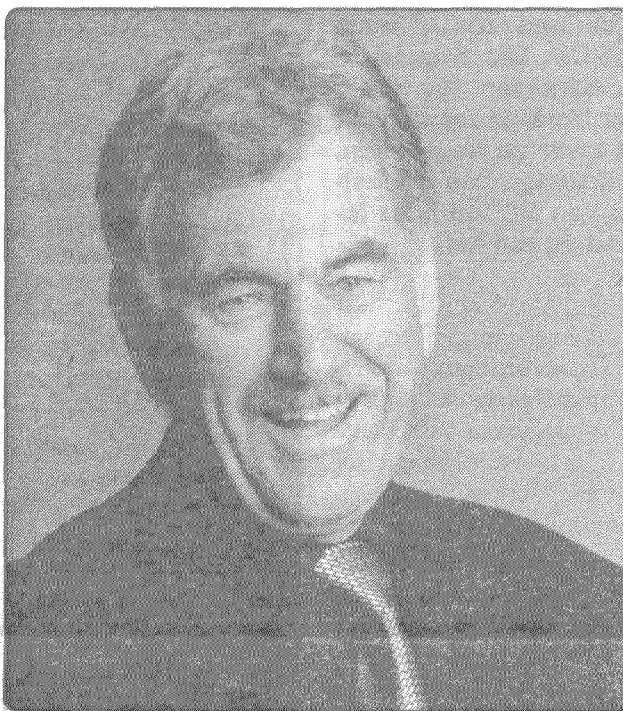
Die davon unmittelbar betroffenen Forschungsträger – unsere Universitäten und Hochschulen – sind alarmiert. Mit der Botschaft zum Voranschlag 2001 und dem Bericht zum Finanzplan 2002–2004 zeichnet sich ab, dass die bisher stagnierenden Beiträge des Bundes für die Grundlagenforschung nicht erhöht, sondern gekürzt werden sollen.

Die schweizerische Grundlagenforschung würde damit im Mark getroffen und sukzessive ausgehungert. Dies hätte fatale Folgen für den Forschungsplatz Schweiz, für unsere Volkswirtschaft, für die Zukunft unserer Jugend, aber auch für die Zukunft der älteren Generation, denn die Resultate der Forschung von heute bilden unter anderem die finanziellen Grundlagen für den Wohlstand von morgen und damit auch die Voraussetzung für eine langfristige Sicherung der AHV.

Sparkurs für die Grundlagenforschung

Das wichtigste Instrument des Bundes zur Förderung der Grundlagenforschung ist der schweizerische Nationalfonds. Die Grundlagenforschung hat in den letzten Jahren finanziell stark an Terrain eingebüsst. Das entsprechende Budget des Nationalfonds ist seit 1993 praktisch eingefroren. Die jährlichen Beiträge des Bundes sind heute auf dem Niveau von 1991. Von einer prioritären Behandlung der Bildungs- und Forschungsausgaben im Rahmen des gesamten Bundesbudgets kann schon seit Jahren nicht mehr gesprochen werden.

Auch die Finanzplanung des Bundes für die Jahre 2001–2004 lassen insbesondere für die Grundlagenforschung Ungutes erwarten. Gemäss Bericht zum Finanzplan soll im Jahr 2004 lediglich geprüft werden, ob für Bildung und Forschung allenfalls ein überdurchschnittliches Wachstum bzw. eine Erhöhung zulasten anderer Ausgabegebiete zugestanden werden soll. Doch es kommt noch schlimmer.



Johannes Randegger

Bei der Beratung des Voranschlags 2001 werden Stimmen laut, welche die Aufwendungen für Bildung und Forschung insgesamt sogar noch kürzen wollen.

Fatale Auswirkungen zeichnen sich ab

Der über den Nationalfonds ausgerichtete Grundbeitrag des Bundes ist das Kernelement der Finanzierung unserer Grundlagenforschung. Der Forschungsplatz Schweiz steht zunehmend in harter Konkurrenz mit den führenden Forschungsnationen. So haben innerhalb der vergangenen zehn Jahre die USA und Deutschland ihre Beiträge an entsprechende nationale Forschungsorganisationen, wie das National Institute of Health (NIH), von 9,2 auf 15,6 Mio. US-Dollar und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) von

1,3 auf 2,1 Mio. DM erhöht. Beide Länder haben auch für das kommende Jahr ambitionöse Forschungsbudgets erstellt.

Im Vergleich dazu sind die Beiträge des Bundes an den schweizerischen Nationalfonds von 270,2 Mio. Franken im Jahr 1991 und einem kurzen Höhenflug von 354,7 Mio. im Jahr 1996 mit 305,2 Mio. Franken für das Jahr 1999 wieder auf dem Niveau von 1991 angelangt.

Die Konkurrenz-Situation wird für die Schweiz noch verschärft, indem der Anteil der Privatindustrie am gesamten Forschungsaufwand von einst stolzen 75 Prozent in der Schweiz kontinuierlich abnimmt, während in den USA eine gegenteilige Entwicklung stattfindet. Gründe dafür sind nicht nur Restrukturierung

der forschenden Industrien, sondern vor allem auch Verlagerung von Forschungsaktivitäten ins Ausland, insbesondere in die USA.

In einer derart kompetitiven Situation die bisher geübte, äusserst zurückhaltende Finanzierung unserer Grundlagenforschung fortzuführen, wird diese bedrohliche Entwicklung noch verschärfen. Wir werden uns damit aus der Liste der führenden Forschungsnationen verabschieden. Für den Forschungsplatz Schweiz und für unsere Volkswirtschaft würden nachhaltige, ja irreversible Schäden gesetzt. Unser Rohstoff sind Bildung, Wissen, Innovation. Dazu müssen wir Sorge tragen, dafür müssen wir uns auch finanziell engagieren.

Gegensteuer ist dringend geboten

Vorausschauendes politisches Handeln ist das Gebot der Zeit. Das Beharren auf einer simplen Sparopfersymmetrie ist hier eine unverantwortliche Politik. Der Finanzierung von Bildung und Forschung muss jetzt unbedingt Priorität eingeräumt werden. In der sich abzeichnenden Wissensgesellschaft müssen und können wir unsere AHV für die kommenden Jahre nur sichern, wenn wir bereit und willens sind, in Bildung und Forschung zu investieren.

DISKUSSION  Frühfranzösisch und -englisch

Das eine tun – das andere nicht lassen

Der Zürcher Entscheid für Englisch als erste Fremdsprache an den Schulen hat in der Westschweiz teilweise wie eine Bombe eingeschlagen. Eine Nationalratskommission will dies gar mit einem neuen Verfassungsartikel verhindern. Unser Sprachenfrieden scheint angehackt. Zweifellos wäre es aus pädagogischer Sicht für Deutsch- und Westschweizer sinnvoll, zuerst das einfachere Englisch zu lernen, aber für den Zusammenhalt unseres Landes haben wir dennoch dafür zu sorgen, dass sich nach Schulabschluss alle in einer Landessprache verständigen können. Also gilt: Das eine tun und das andere nicht lassen.

VON FDP-
NATIONALRÄTIN
CHRISTINE EGERSZEGI-
OBRIST,
MELLINGEN (AG)

Was die Zürcher gross angekündigt haben, machen die Appenzeller bereits: Sie lernen in der Primarschule Englisch. Die ersten Erfahrungen sind gut. Kann dieses Vorziehen einer «fremden» Sprache den Zusammenhalt in unserem viersprachigen Land gefährden? Diese Frage muss ernst genommen und aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden.

Erste Fremdsprache am schwierigsten

Der Einstieg in die erste Fremdsprache ist nicht leicht. Einerseits geht es um die Erfahrung, dass man mit verschiedenen Wörtern genau dasselbe bezeichnen kann: dieses Buch, this book, ce livre, questo libro. Andererseits geht es um das bewusste Erfassen einer neuen Sprachenstruktur und das Erlernen einer anderen Grammatik. Je einfacher diese ist, umso schneller machen die Schüler

Fortschritte und können sich mit dem Gelernten verständigen. Dabei lässt es sich nicht wegdiskutieren: Englisch ist für die Deutschschweizer einfacher als Französisch; es ist aber auch für die Westschweizer einfacher als Deutsch. Denn

Englisch ist ein Mix von beidem

Da Englisch von den Angeln und den Sachsen viele germanische Spracheigenheiten in sich trägt und dazu vor tausend Jahren mit dem normannischen Französisch vermischt wurde, erkennt man bei sehr vielen Wörtern die Verwandtschaft auf einen Blick: «Ich gehe heim» heisst englisch «I go home». Andere Ausdrücke sind viel näher beim Französischen: «mes parents arrivent en train» entspricht dem Englischen «my parents arrive by train». Hinzu kommt noch, dass sich in den Umgangssprachen viele englische Wörter eingeschlichen haben: Man sucht einen Job, schickt ein Mail, bleibt cool oder on passe un weekend, fait un deal usw.



Christine Egerszegi-Obrist

Selbst das Säntis-Joghurt wird heute von der «Swiss Dairy Food AG» vertrieben, und der frühere Soldatenladen bei der Kaserne St. Gallen wurde zum «Army Liquid Shop», was bei einem Bundesbetrieb doch sehr fragwürdig ist.

Warum lernen wir in der ganzen Schweiz nicht einfach Englisch, wenn die Gemeinsamkeiten dieser Sprachen so stark sind? Das wäre völlig undenkbar, denn

Sprache ist mehr als Verständigungsmittel

Wir sind ein Land mit vier Landessprachen und damit ein einzigartiges Land mit vier Kulturen, mit eigenen Gewohnheiten, Liedern und Bräuchen. Seit über 150 Jahren leben wir in dieser Vielfalt unter einem Dach. Das war nur möglich, weil die Gleichstel-

lung der sprachlichen Minderheiten in der Bundesverfassung von 1848 verankert wurde und dies nie toter Buchstabe blieb. Von Anfang an vertraten mindestens zwei Bundesräte diese Minoritäten in der Regierung, und die Verwaltung verkehrte mit den Kantonen in deren Amtssprache. Gewisse Kreise hatten immer Angst vor einer Verwelschung der Deutschschweizer oder aber einer Germanisierung der lateinischen Minderheiten. Es hat aber nie jemand mit einem sprachlichen Druck vom Englischen her gerechnet, wie er nun über die neuen Informationskanäle und Kommunikationstechnologien möglich wurde. Wer hätte sich je vorgestellt, dass damit selbst das Latein als Sprache der Wissenschaft verdrängt würde?

Westschweizer Bedenken sind ernst zu nehmen

Für den Zusammenhalt unseres Landes ist es nach wie vor wichtig, dass wir uns zu unseren Landessprachen bekennen. Die Kinder sollen ihre eigene Muttersprache gründlich kennen lernen und sich einen breiten Wortschatz aneignen. Dann sollten sie möglichst früh – wenn die kindliche Neugier und die spontane Lust an fremden Sprachen noch am grössten sind – in die erste Fremdsprache einsteigen. Dass man dabei die einfachere zuerst lernt, ist naheliegend. Das wäre für Deutsch-, aber auch für Westschweizer Englisch. Wenn dieser Schritt gelingt, werden die Kinder viel leichter das schwierigere Französisch oder Deutsch als weitere Landessprache in Angriff nehmen. Dabei genügt es nicht, sie mit Vokabeln und Phrasen vollzupacken, sie müssen bewusst in die Mehrsprachigkeit unseres Landes hineingeführt werden: mit vielfältigen Kontakten über die Sprachgrenzen, mit Klassenaustauschen, zweisprachigen Lehrmitteln, Studiengängen und Berufslehren.

Es lässt sich nicht wegdiskutieren, dass die Kinder selber, und häufig auch ihre Eltern, Englisch als erste Fremdsprache wählen würden. Es wäre falsch, dies auf Verfassungsebene zu verbieten. Aber wir tragen die Verantwortung, dass sich alle nach der obligatorischen Schulzeit in einer Landessprache verständigen können – und dies beileibe nicht aus nostalgischem Patriotismus, sondern aus der Überzeugung, dass die Vielsprachigkeit zu den kostbaren Schätzen unserer Schweiz gehört. ■

WIRTSCHAFT  Perspektiven liberaler Lebensgestaltung

Ein FDP-Papier setzt sich durch

Jüngst war zu vernehmen, der Arbeitgeberverband setze sich für die verstärkte Integration der Frauen mit einer abgeschlossenen Ausbildung in der Wirtschaft ein. Damit dies realisiert werden könne, müssten ausreichende Betreuungsangebote für Kinder vorhanden sein. Die Wirtschaft könne es sich nämlich nicht leisten, auf dieses Fachkräftepotenzial zu verzichten. Damit widerfährt dem Grundsatzpapier der FDP aus dem Jahre 1995 gebührende Referenz.

**GABRIELA WINKLER,
KANTONS RÄTIN,
OBERGLATT ZH**

Für die breite Akzeptanz ist indessen neben den betriebs- und den volkswirtschaftlich-gesellschaftspolitischen Aspekten noch ein anderer, in der Diskussion oft zu wenig beachteter Aspekt ausschlaggebend: der bildungspolitisch-pädagogische.

Die bange Frage lautet: Schadet eine frühe Fremdbetreuung ausserhalb der

Kleinfamilie dem Kind? Wird es einfach abgeschoben? Untersuchungen zeigen, dass diese Befürchtungen unbegründet sind. Seit 1991 werden 2000 Kinder in den USA durch eine Studie begleitet. Die Forscher kennen die konkreten Familien- und Betreuungssituationen nicht. Die Studie ergab, dass ausserhalb der Familie betreute Kinder, die mit anderen Kindern in einer Gruppe den Tag unter professioneller Leitung verbringen, im Alter von 4 Jahren Gleichaltrigen, die den Tag nur mit der Mutter und evtl. einem Geschwister verbringen, in jeder Hinsicht überlegen sind: in der Entwicklung ihrer sozialen, emotionalen und kognitiven Fähigkeiten. Populär ausgedrückt: Kinder lernen von Kindern. Dies ist in den heutigen Kleinfamilien nicht mehr gewährleistet. Die Ängste sind also unbegründet, wenn die Betreuung professionell erfolgt, was nicht gleichzusetzen ist mit opulenten räumlichen Ausstattungen, sondern mit ausgewiesenen Fachpersonal. Der Fachpsychologe Andrea Lanfranchi stellt in seinen Vorträgen, die er im Rahmen des Informationszyklus der «Arbeitsgemeinschaft Frauen 2001» in den Kantonen hält, fest, dass «erwerbstätige Mütter im Durchschnitt gleich viel (qualitative) Zeit mit ihren Kindern verbringen, wie die Nichterwerbstätigen, die sich (glücklicherweise) auch nicht die ganze Zeit um ihr Kind kümmern. Mütterliche Qualitäten hängen stark damit zusammen, wie zufrieden eine Frau ist. Interessant hierzu ist eine ältere Studie von Farel (1980): Kinder von Müt-

tern, die in ihrer Mutterrolle unglücklich waren, schnitten in psychologischen Testverfahren nur dann schlecht ab, wenn die Mutter nicht erwerbstätig war. Wenn die Mutter also mit ihrer Situation unzufrieden ist, ist es für das Kind besser, wenn sie es nicht den ganzen Tag selber betreut.»

Der Entscheid und die Verantwortung bleiben in jedem Fall bei der einzelnen Familie. Die Gesellschaft indessen ist aufgerufen, die Bedingungen zu schaffen, dass eine echte Wahlmöglichkeit in der Lebensgestaltung Wirklichkeit wird. Die alten Zwänge sollen nicht durch neue ersetzt

werden, aber die alten auch nicht mit falschen Argumenten verewigt werden. ■



Bundesrat Couchepin kaufte Glarner Pasteten bei den Vorstandsdamen der FDP-Frauen des Kantons Glarus.

An der schweiz. DV der FDP vom 21. Oktober 2000 in Glarus bot der Vorstand der FDP-Frauen des Kantons Glarus Glarner Spezialitäten wie Pasteten, Glarner Beggeli und Schabziger sowie Glarner Tüchli, Edelweisschirme usw. zum Verkauf an. Prospekte des Glarnerlandes rundeten das schön präsentierte Angebot ab. – Das strahlende Herbstwetter, welches den Kanton Glarus von seiner schönsten Seite zeigte, trug offenbar das Seine zur grossen Kauflust der Delegierten bei.

Der Vorstand der FDP-Frauen des Kantons Glarus entschloss sich spontan, den Erlös der Glückskette zugunsten der «Unwetterschäden Schweiz» zu überweisen. – Dank der grossen Kauflust der schweiz. Delegierten sowie den guten Verkaufsgesprächen der FDP-Vorstandsdamen konnte nun ein ansehnlicher Betrag überwiesen werden, wofür wir allen «Kunden» herzlich danken.

Ob Rasen, Blumen oder Bäume.
Spross schafft neue Landschaftsräume.
Er schneidet, saet und hegt und pflegt
dass Freude sich beim Kunden regt.

Über 100 Jahre Erfahrung,
Dynamik, Tradition

Spross

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau, 01-4 82 62 62

WETTBEWERB ◊ Am Rande der DV in Glarus

Was sagte Bundesrat Couchepin zu Regierungsrätin Dürst?

Am Rande der letzten Delegiertenversammlung in Glarus verstand es Bundesrat Pascal Couchepin verschiedentlich, die junge Glarner Regierungsrätin zum Lachen zu bringen. Was war es, das unser Volkswirtschaftsdirektor zu seiner Amtskollegin aus dem Glarnerland sagte?

rus. Zu gewinnen gibt's im «Freisinn»-Wettbewerb ein Foulard und ein FDP-Portefeuille für die originellsten Antworten. Bitte senden Sie uns Ihre witzigen Vorschläge bis zum 15. Dezember 2000.

Talon

Bundesrat Pascal Couchepin sagte zu Regierungsrätin Marianne Dürst:

Name/Vorname:

Str./Nr.:

PLZ/Ort:

Talon ausschneiden, einsenden, faxen oder e-mailen an: FDP Schweiz, «Freisinn»-Wettbewerb, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch



Von der LP Nidwalden zur FDP Nidwalden



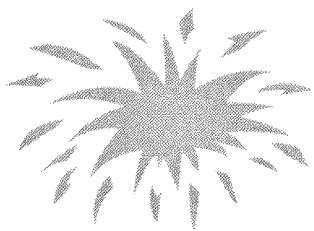
Rund 80 Frauen und Männer waren Zeugen bei der Taufe.

stj. Aus der Liberalen Partei Nidwalden wurde die FDP Nidwalden. Dies haben rund 80 Delegierte an der Delegiertenversammlung vom Donnerstag, 26. Oktober, in Buochs beschlossen. Das Programm, die politischen Ideale bleiben jedoch die gleichen. Oder, wie FDP-Präsident Heinz Risi betonte: «Wir haben den Namen, aber sicher nicht die Seele oder gar unser Programm geändert. Wir sind die Nidwaldner Liberalen unter dem Schweizer FDP-Dach. Die LP Nidwalden hat ja schon immer zur Familie der FDP gehört, neu ist nur, dass jetzt auch noch die offizielle Bezeichnung übernommen werden soll.»

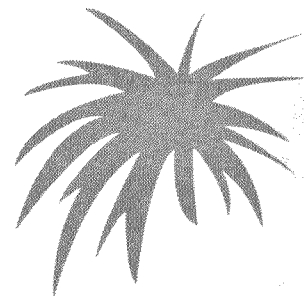
Die Basis hat entschieden

Der Delegiertenversammlung ging ein intensiver Meinungsfindungsprozess voraus. Primär die elf Ortsparteien und die 21-köpfige Fraktion der Liberalen im Landrat wurden in den Entscheidungsprozess miteinbezogen.

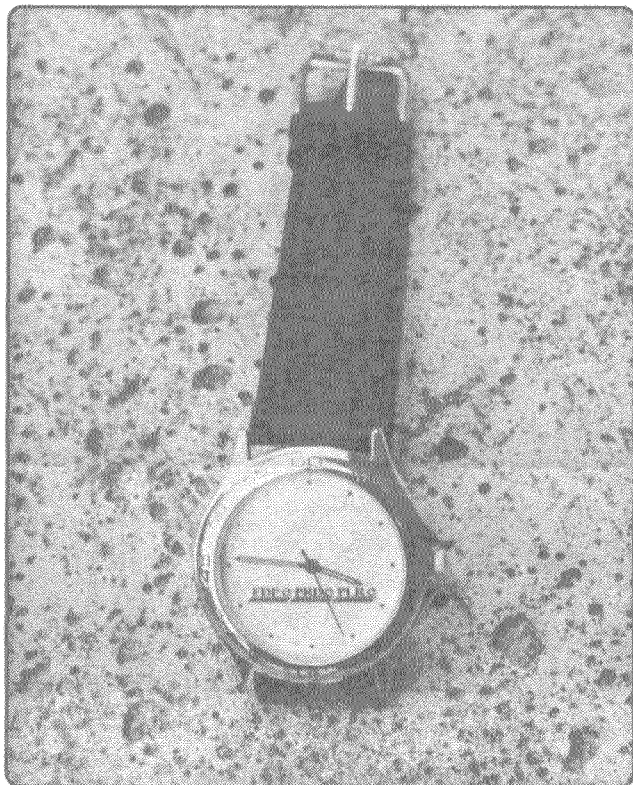
Mit dem Namenswechsel zur FDP Nidwalden eröffnen sich neue Marketing-Perspektiven: Es entsteht ein einheitlicher Auftritt mit einem hohen Wiedererkennungsgrad. Damit werden Kommunikations- und Werbekosten gesenkt, und schliesslich werden auch Verwechslungen mit der Liberalen Partei Schweiz (LPS) ausgeschlossen. ■



Weihnachts- Geschenkshop

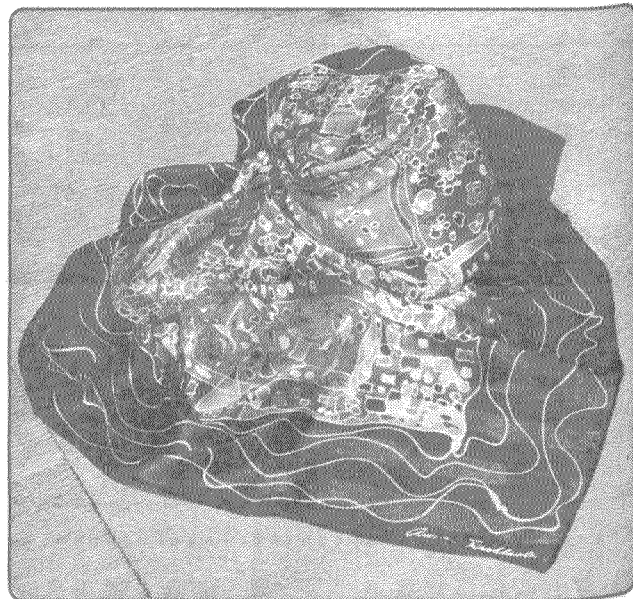


Heute bestellen – morgen wird geliefert

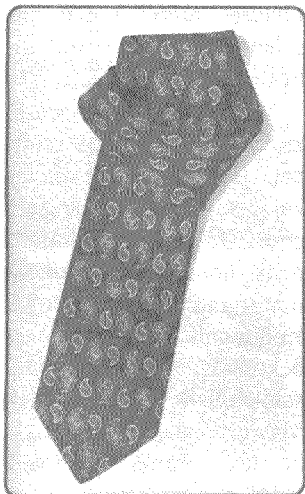


Artikel 1006
FDP-Uhr
Fr. 45.–

Artikel 1001
FDP-Foulard
Fr. 50.–

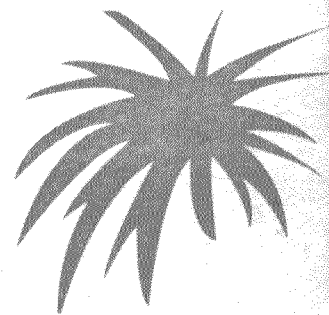
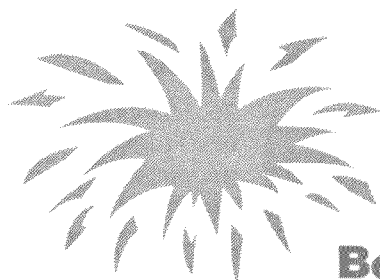


Artikel 1005
FDP-Krawatte
Fr. 40.–

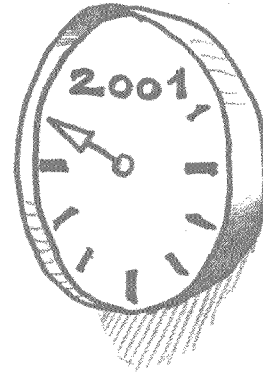


Bestellungen an:

FDP Schweiz
Erwin Aebischer
Postfach 6136
3001 Bern
Telefon (031) 320 35 35
Fax (031) 320 35 00
aebischer@fdp.ch



WARTSAAAL...



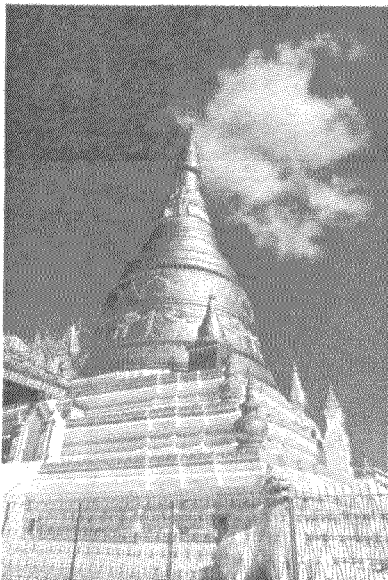
Karikatur Andreas Töns

Burma - Die Höhen von Irrawaddy

Diese Expedition führt Sie zu den schönsten Orten von Burmas einzigartigster Kunst. Sie erleben die buddhistische Kultur sowie traumhafte Landschaften, die Sie nur nach dem Monsun-Regen besuchen können. Ihre Reise führt Sie durch atemberaubende Täler zu bezaubernden Orten. Erleben Sie dieses einzigartige Land von seiner schönsten Seite und verbringen Sie erholsame Tage auf dem gegliederten Flussdampfer.

Das goldene Land

Sie befahren das Herz von Burma mit seinen unvergesslichen Landschaften. Die kleinen Dörfer und Städte strahlen eine Zeitlosigkeit aus, wie nirgendwo auf der Welt. Die malerischen Tempel und Klöster sind wundervolle geschichtliche Bauten in diesem kulturellen, alten Teil des Landes.



1. Tag Flug Zürich Rangoon

Abflug von Zürich mit THAI-AIRWAYS via Bangkok nach Rangoon.

2. Tag Stadtrundfahrt Rangoon

Heute unternehmen Sie eine Stadtrundfahrt durch Rangoon mit Besichtigung der Shwedagon-Pagode.

3. Tag Flug nach Mandalay

Nach der Landung Ausflug zu den örtlichen Hügeln. Gegen Abend Einschiffung auf die MS PANDAW.

4. - 12. Tag Flussfahrt Richtung Süden

Während neun Tagen geniessen Sie die schönsten Impressionen Burmas. Dabei besuchen Sie täglich die Sehenswürdigkeiten der Umgebung. Verwöhnen Sie Ihre Augen mit den malerischen Landschaften Burmas.

13. Tag Ausschiffung in Pyay

Nach der Ausschiffung fliegen Sie via Rangoon nach Heho. Besuch der weltberühmten Höhlen von Pindaya.

14. Tag Inle-See, Schwimmende Gärten

Sie fahren zum grossen Inle-See. Besuch der Schwimmenden Gärten mit einer Schiffsrundfahrt.

15. Tag Stadtrundfahrt in Rangoon

Rückkehr nach Rangoon. Stadtrundfahrt und Scott-Market.

16. + 17. Tag Rückflug

Transfer zum Flughafen und Rückflug mit THAI-AIRWAYS via Bangkok nach Zürich.

Wichtige Hinweise

Beide Burma-Flussfahrten sind exklusive Sonderfahrten nur für geriberz reisen. Bei der Herbstreise befahren Sie den oberen Teil des Irrawaddy.



IHR SCHIFF MS PANDAW

Die MS PANDAW gehört zur Flotte der Irrawaddy Flotilla-Reederei und wurde in Schottland gebaut. Kürzlich wurde sie in Rangoon auf den neuesten Stand



gebracht. Die 16 Kabinen entsprechen einem sehr hohen Komfort, sind gross und auf zwei Decks verteilt. Die Mischung aus einem gemütlichen Zimmer und einer eleganten Kabine der Goldenen Dreissiger Jahre schafft ein wunderschönes Ambiente. Der Aufenthaltsraum ist grosszügig und mit Originalstücken aus früherer Zeit und einer Cocktail-Bar ausgestattet. Grosse Buffets, vielfältige Köstlichkeiten sowie eine erlesene Weinkarte lassen die Mahlzeiten zu einem echten Vergnügen werden.

Info-Tage bei geriberz über «Burma»

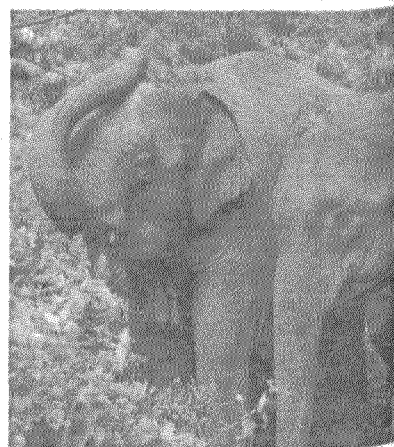
Samstag, 13.01.2001 10-11/13-14 Uhr

Info-Tage über «Flussfahrten»

Samstag, 10.02.2001 10 - 16 Uhr

Mittwoch, 14.02.2001 14/15/16 Uhr

Samstag, 07.02.2001 10 - 16 Uhr



Vieles inklusive!

- THAI AIRWAYS Zürich-Rangoon-Zürich
- Alle Inlandflüge
- Alle Flughafentaxen und Transfers
- Bahnanschlussbillet 1. Klasse zum Flughafen
- Gepäckträgerdienste
- Willkommensgetränk
- Schiffsreise in 2-Bettkabine Hauptdeck
- Vollpension an Bord
- Halbpension während der Rundreise
- Alle Ausflüge inklusive
- Trinkgelder an Bord
- Alle Hafentaxen
- geriberz-Reiseleitung Frühjahrsreise: Christoph Brunner, Geschäftsführer
- Visumgebühren
- Ausführliche Reisedokumente

Reiselust?



Wir senden Ihnen gerne gratis und unverbindlich unseren Katalog mit den detaillierten Reiseprogrammen zu:

Ich interessiere mich für:

Katalog Flussfahrten

Detailprogramm Burma

Katalog Herbst Winter

Vorname

Name

Strasse/Mr.

PLZ/Ort

Telefon

Geburtsdatum

Einsenden an:
geriberz reisen ag, Etzelstrasse 15, Postfach, 5430 Wettingen,
Tel. 056 427 01 01 Fax 056 427 28 83 www.geriberz.ch E-Mail: info@geriberz.ch

FD4900

Weitere Flussfahrten

- Rhein: Basel-Amsterdam
- Hollands Wasserwege
- Elbe: Berlin-Prag
- Donau: Passau-Budapest
- Main-Rhein-Mosel
- Po: Venedig-Cremona
- Douro: Nordportugal
- Seine: Honfleur-Paris
- Marne: Paris-Champagne
- Rhône: Provence-Lyon
- Bordeaux-Loire
- Nil: Ägypten
- Yangtse: China
- Kreuzfahrt: Mauritius-Südafrika



Information und Buchung: Telefon 056 - 427 01 01

geriberz
Ihr Feringestalter.